

Jörg Hofmann
Erster Vorsitzender der IG Metall



1. Mai: Wir sind viele. Wir sind eins.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2017 in Stuttgart

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich heute hier in Stuttgart reden zu können. Der 1. Mai in Stuttgart war und ist bunt. Und Kolleginnen und Kollegen - das soll auch so bleiben.

In einer Stadt, in der 44 Prozent der Mitbürgerinnen und Mitbürger einen Migrationshintergrund haben, verlangt gesellschaftliches Miteinander, gesellschaftlicher Zusammenhalt eine klare Botschaft: Hier gibt es keinen Platz für Nationalismus und Rassismus, Kolleginnen und Kollegen!

Oben und unten sortiert sich nicht nach Nationalität, nicht nach religiöser Bindung, nicht nach Geschlecht – sie sortiert sich weiter in unserer Arbeitsgesellschaft

- nach Vermögen und Einkommen,
- nach der Macht derer, die über Investitionen und Arbeitsplätze entscheiden und derer, die nichts haben als ihre Arbeitskraft.

Hier schaffen Gewerkschaften Ausgleich. Unsere Macht baut auf Solidarität.

Dies ist auch die Geschichte des 1. Mai – des Tags der internationalen Arbeiterbewegung für die Rechte der abhängig Beschäftigten auf diesem Globus.

Oben und unten – diese Schere ist in der Vermögens- und Einkommensverteilung Deutschlands noch weiter auseinandergegangen.

Der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt: Die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50 Prozent verfügen dagegen nur über ein Prozent des Vermögens.

Und er gibt auch erstmals Auskunft, woher dieses Vermögen kommt: Gerade 10 Prozent der Reichen sagen durch die eigene Arbeit. Die Mehrheit hat geerbt.

Welche Leistung! Und schon daher ist die Besteuerung von hohen Erbschaften und Vermögen ein Beitrag zu mehr gesellschaftlicher Gerechtigkeit.

Aber auch unter den abhängig Beschäftigten selbst haben die Unterschiede bei den Einkommen zugenommen - und dies trotz Beschäftigungsrekord und Wirtschaftswachstum.

Aus dem Armuts- und Reichtumsbericht kann man auch schwarz auf weiß entnehmen – ich zitiere: „Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre war gut, aber nicht sozial gerecht: Die obersten 60 Prozent der Beschäftigten hatten seit Mitte der 90er Jahre einen Anstieg ihres Bruttostundenlohns. Die Löhne der unteren 40 Prozent dagegen sind heute geringer als damals.“

Was so nüchtern klingt, ist doch ein Armutszeugnis! Vier von zehn Beschäftigten in diesem immer reicheren Land verdienen weniger – trotz Arbeit!

Ohne Erbtante oder Lottogewinn steckt man fest – und da kann man sich noch so anstrengen. Da kann man noch so viel ‚schaffe, schaffe – Häusle baue‘ bleibt ein Wunschtraum! Und hier sind wir gefordert.

Dem stellen wir unser Motto vom Tag der Arbeit entgegen:

„Wir sind viele – wir sind eins“

Wir – die Gewerkschaften, die aktiven Betriebsräte, Personalräte, Vertrauensleute, JAVs, Schwerbehindertenvertreter – hier in Stuttgart und auf hunderten Maikundgebungen in der Republik.

Für eine Politik der Solidarität! Für eine Politik der Gerechtigkeit!

Für eine Politik der Selbstbestimmung!

Aber in unserer Gesellschaft sind wir von „Wir sind eins“ weit entfernt.

Aber es zeigt sich in den letzten Wochen: Die Menschen wollen etwas ändern.

Es gibt Bewegung im Land – das ist gut so.

- Wir diskutieren wieder mehr. In der Familie, in der Kneipe, bei der Arbeit mit Kollegen.
- Wenn Wahl ist, gehen wieder mehr Menschen hin.
- Die Parteien schärfen ihre Profile.

Es geht endlich sichtbar auch wieder um Überzeugungen, Inhalte, Vorschläge. Sichtbare Kontroverse tut der Demokratie gut. Und hier müssen wir uns einmischen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kolleginnen,
und meine Gewerkschaft, die IG Metall, hat gerade mit einer großen Aktion dazu beigetragen, dass sich die Politik darauf besinnen kann: Auf die Beschäftigten kommt es an! Das gilt im Betrieb ebenso wie in der Politik.

Deshalb haben wir bundesweit die Beschäftigten in unseren Branchen befragt. Die Beteiligung an der Befragung war fantastisch: Mehr als 680.000 Menschen aus rund 7.000 Betrieben im ganzen Land haben unseren Fragebögen ausgefüllt.

Da heute hier ja auch der ein oder andere ist, der mitgemacht hat: Ganz herzlichen Dank an alle, die dieses Mammutprojekt in den Betrieben gestemmt haben und ganz herzlichen Dank an alle, die sich die Zeit genommen haben.

Dass das so war – dafür gibt es drei Gründe:

Erstens: Die Beschäftigten wollen mit ihren Wünschen, Sorgen und Forderungen gehört werden. Und sie vertrauen der Gewerkschaft, dass ihre Themen aufgenommen werden.

Zweitens: Die Beschäftigten trauen uns eine ganze Menge zu. Sie wissen, dass wir nicht nur hinhören, sondern auch handeln – auf tarifpolitischer Ebene, wie auch im Betrieb.

Und drittens – und die Botschaft geht in jedes Parteilokal der Republik und vor allem nach Berlin: Wer im September gewählt werden will, der kommt an den Ergebnissen dieser Befragung nicht vorbei!

Die erste wichtige Botschaft ist: Die Menschen wissen um den Wert ihrer Arbeit. Und sie wollen beteiligt werden, sie wollen mitmischen, wenn es um die Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft geht. Viele Branchen stehen vor einer grundlegenden

Transformation. Und das bewegt die Beschäftigten:

- Was bedeutet Industrie 4.0 eigentlich für meine Arbeit?
Gibt es morgen meinen Arbeitsplatz überhaupt noch?
- Was bedeutet das Tempo der Globalisierung?
Kann mein Arbeitgeber den Betrieb einfach ins Ausland verlagern?
- Und dann die Klimapolitik:
Was bedeuten denn die Klimaziele zum Beispiel für die Beschäftigten in der Automobilindustrie?

93 Prozent der Beschäftigten fordern daher die Politik auf, sich für Sicherheit und berufliche Perspektiven in der Industrie 4.0. stark zu machen.

Der Megatrend ist ein Megathema in den Betrieben.

Das Thema ist dort nicht mehr Zukunftsfiktion, sondern real greifbar.

Aber viele wissen nicht: Was bedeutet das für mich? Meinen Job? Meine berufliche Entwicklung?

Nehmen wir den Automobilbau – allein in Baden-Württemberg sind es 230.000 Leute, die Autos bauen! Und noch zig Tausende mehr entlang der ganzen Wertschöpfungskette.

Welche alternativen Produkte und Dienstleistungen kann es geben, wenn der Verbrennungsmotor wegfällt? Wo werden die neuen Komponenten gebaut?

Wo werden die Batterien gebaut?

Das sind die Fragen, die sich jeder in der Autoindustrie stellt.

Und die Herausforderung, ist klar benennbar: Wenn wir vorsichtig gerechnet davon ausgehen, dass 2030 25 Prozent der Neuzulassungen elektrische Antriebe haben.

Wenn wir wissen, dass mit dem Antriebsstrang bundesweit 320.000 Menschen beschäftigt sind, dann wird es darum gehen - zugegeben über den Daumen gepeilt - 80.000 Menschen innerhalb der kurzen Zeit von 13 Jahren die Frage zu beantworten: Was ist meine Perspektive in der Arbeitswelt von morgen? Davon Tausende auch hier im Neckartal.

Ich bin gar nicht pessimistisch, dass der Rationalisierungseffekt der Elektromobilität durch neue Beschäftigung ausgeglichen werden kann.

Aber wie qualifizieren wir die Beschäftigten von heute für die Arbeitswelt von morgen?

Und was ich hier für den Automobilbau vorgezeichnet habe, gilt auch für andere Branchen: Die Digitalisierung der Produkte und Prozesse verändert in kurzer Zeit die Arbeitswelt für hunderttausende von Menschen.

Ob es die Banken, der Handel, die Logistik oder andere Bereiche sind - Eines ist sicher: Ohne Gewerkschaften, ohne starke Betriebsräte geht das nicht.

Wir wollen die Transformation in die Arbeitswelt von morgen so gestalten, dass es gerecht zugeht, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt wird.

Und wir wollen dies für alle, nicht nur für die Stammbeschäftigten. „Sicher“ geht nicht für befristet Beschäftigte – und daher fordern wir: Macht Schluss mit der sachgrundlosen Befristung!

„Sicher“ geht nicht, wenn du als Leiharbeiter von einem Job zum anderen geschoben wirst. „Sicher“ geht nur durch Eingrenzung der Leiharbeit und Übernahme.

Daher ist die Gesetzgebung zur Leiharbeit unzureichend. Sie definiert Höchstüberlassungszeiten für Leiharbeiter und befeuert damit eher den Drehtüreffekt, anstatt endlich klar zu stellen: Leiharbeit kann kein dauerhafter Ersatz für Festeinstellungen sein. In der Metall- und Elektroindustrie haben wir diesen Grundsatz im Tarifvertrag verankert. Starke Betriebsräte nutzen diese Rechte.

Und wir haben zum Grundsatz erhoben: Wenn schon Leiharbeit, dann bitte mit Übernahme und nicht die Abmeldung nach 18 Monaten. Und wenn Betriebsräte noch bessere Regelungen erreichen können, indem sie die Quote der Leiharbeiter verbindlich niedrig halten oder ab dem ersten Tag Equal Pay durchsetzen, dann ist - sofern der Betriebsrat dem zustimmt - auch eine Höchstüberlassungszeit bis zu 48 Monaten möglich. Sonst bleibt es bei der Übernahme als Stammbeschäftigter spätestens nach 24 Monaten.

Wir verstecken uns nicht hinter einem Gesetz. Wir lassen die Leiharbeiter nicht im Regen stehen. Frei nach dem Motto „Regen ist blöd, da spann ich schon mal keinen Schirm auf“ – das wäre unverantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn es darum geht, Profit zu Lasten der Beschäftigten zu erzielen, kennen die Unternehmen keine Schamgrenzen: Etwa durch den Einsatz tarifloser Werkvertragsunternehmen, die wiederum die Branchenzuschläge für Leiharbeiter umgehen, die tariflich gelten.

„Sicher für alle“ geht nicht, wenn dem ständigen Outsourcing und der oft damit verbundenen Tariffucht keine Riegel vorgeschoben werden.

Daher unsere Forderung an den Gesetzgeber: Wenn wir wollen, dass der Weg in die Arbeitsgesellschaft von morgen sicher für alle wird, gilt es die Ungerechtigkeiten heute zu beseitigen.

Wir benötigen mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte bei Outsourcing! Wir fordern die Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerungen um Tariffucht zu verhindern!

Und wir fordern, dass Arbeitsplatzverlust nicht mit sozialem Abstieg sanktioniert wird.

Sanktion ist keine Antwort auf die Digitalisierung. Qualifikation dagegen sehr wohl. Daher braucht es eine Abkehr von der Agenda-Logik bei der Arbeitsmarktpolitik, Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen, dass die Rationalisierungsgewinne der Digitalisierung sich nicht in den Profiten und Dividenden wiederfinden, sondern in guter Arbeit für alle, Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ein Armutszeugnis unserer selbsternannten Wirtschaftsführer, dass sie schmallippig werden, wenn es um die Perspektiven der Beschäftigten geht.

Sie beschäftigen sich offenbar lieber damit, ihre Managergehälter auf dem Höchststand zu sichern, statt die deutsche Industrie auf Höchststand zu halten.

Wir fordern daher: Vorstandsgehälter müssen gedeckelt werden!

Und es ist das Mindeste, dass diese Millionenboni nicht auch noch von der Steuer abgezogen werden können! Und ich frage mich auch, warum hochbezahlte Manager zu Millionengehältern noch eine betriebliche Altersvorsorge als Sozialleistung brauchen?

Das sind die gleichen, die mit Millionenbeträgen der Industrie die „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ ausstatten, um ihre Hetzkampagne gegen eine Stärkung der gesetzlichen Rente zu fahren. Das ist skandalös, Kolleginnen und Kollegen!

Und wenn sie sich mit Zukunftsfragen beschäftigen – dann spielen sie die alte Schallplatte der Deregulierung: O-Ton Ingo Kramer, Chef der BDA: „Wir können nicht mit den Regulierungen der dritten industriellen Revolution die Wirtschaft 4.0 regulieren.“ Was er meint, ist: Höchstgrenzen und feste Ruhezeiten im Arbeitszeitgesetz sollen nicht mehr abschließend im Gesetz geregelt werden. Das mag der Arbeitgeberwunsch sein. Ich kann nur sagen: Das sehen 96 Prozent der Beschäftigten völlig anders!

Unsere Befragung zeigt: Ob Werker in der Fabrik, Einkäuferin, Ingenieur, oder Softwareingenieurin: Sie wollen auch in Zukunft ein starkes Arbeitszeitgesetz – mit Ruhezeiten, mit einem Recht auf Abschalten.

Und wenn sie sich heute zufrieden mit ihrer Arbeitszeit zeigen, dann deshalb, weil Gesetzgeber, Gewerkschaften und Betriebsräte diese reguliert haben!

Deshalb, lasst doch diese alte Leier der Deregulierung!

Es gibt keinen Menschen 4.0, der rund um die Uhr funktioniert und in Abhängigkeit von den jeweiligen Markterfordernissen beliebig flexibel ist. Auch im Zeitalter der Digitalisierung wollen die Beschäftigten sicher, gerecht und selbstbestimmt leben und arbeiten!

Und daher gelingt der Weg in eine gerechte Arbeitsgesellschaft von morgen nur mit starken Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in jedem zweiten Betrieb ändert sich heutzutage die Arbeitszeit von Woche zu Woche, oder sogar von Tag zu Tag.

Flexibel sein für den Arbeitgeber – seine Arbeitszeitinteressen diktieren zu oft die Realität. Die Beschäftigten wollen dagegen mehr selbstbestimmte Arbeitszeiten als Fremdbestimmung.

Auch weil ihre Lebensentwürfe nicht mehr die von vor 30 Jahren sind.

- Die Erziehung der Kinder ist partnerschaftlicher als früher.
- Zeit für Weiterbildung ist wichtiger geworden.
- Das mobile Arbeiten bietet neue Möglichkeiten.

Arbeitszeitwünsche sind also ganz unterschiedlich. Und die Zahlen zeigen, dass Vereinbarkeit alles ist – nur kein Randthema oder gar „Gedöns“:

In unserer Befragung sind es sage und schreibe 92 Prozent, für die das Thema Vereinbarkeit ganz oben auf der Agenda steht.

Das ist längst kein „Frauenthema“ mehr. Aber gute Wahlmöglichkeiten sind höchstens in einigen Großbetrieben geregelt - und zu wenig tariflich oder gesetzlich.

„Mein Leben – meine Zeit“, sagen wir. Als IG Metall werden wir in der nächsten Tarifrunde Metall-Elektro in die Offensive gehen für eine neue Arbeitszeitkultur.

Kolleginnen und Kollegen,

ohne Gewerkschaften, ohne Betriebsräte sind die Antworten vorgeprägt:

Deine Eltern sind arm? Sei froh, wenn Du die Hauptschule schaffst.

Du bist arbeitslos? Selbst Schuld – bekommst halt Geld zum Überleben.

Du bist alleinerziehend? Sieh zu, wie Du klar kommst.

Teure Kita, kein Internet, Löcher in den Straßen? Der Staat muss sparen.

Du hast als Leiharbeiter Angst um Deinen Job? Heutzutage muss man flexibel sein.

Dein Rentenniveau wird Dir nicht reichen? Dann geh halt Flaschen sammeln oder

Regale räumen! Kein Tariflohn? Sorry – freie Marktwirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dagegen stellen wir unsere Antworten. Und die bauen auf die Kraft unseres gemeinsamen Handelns. Bauen auf unserem Recht des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und dem Aushandeln von Tarifverträgen.

Ein Recht, das in vielen Ländern der Welt nicht gilt. Ein Recht, das wir uns auch nicht nehmen lassen dürfen. Der 1. Mai ist und bleibt daher auch ein Tag der internationalen Solidarität.

Tarifbindung ist und bleibt die Gerechtigkeitsfrage in jeder Gesellschaft! Sei es in Bangladesch oder den Südstaaten der USA.

Aber auch in Deutschland: Nur noch 50 Prozent der Beschäftigten fallen unter einen Tarifvertrag. Und die anderen 50 Prozent eben nicht.

Nur Tarifverträge sorgen für Verteilungsgerechtigkeit: Sie sichern den Beschäftigten einen fairen Anteil am Wohlstand, den sie erwirtschaften.

Die Tarifflicht der Arbeitgeber bezahlen die Beschäftigten mit schlechteren Arbeitsbedingungen – sie arbeiten länger und verdienen etwa ein Viertel weniger als die Kollegen mit Tarif.

Statt über gute Produkte und schlaue Innovationen verschaffen sie sich über Lohndumping eine bessere Marktposition und höhere Profite.

Das ist kein Kavaliersdelikt – das ist sittenwidrig und dagegen kämpfen wir.

Wer von uns gute Arbeit will, der muss eben auch gute Bedingungen bieten. Und dies für alle! Schaut Euch die Tarifrunden der letzten Monate an: Überall haben unsere Kolleginnen und Kollegen dazu beigetragen, dass es in unserem Land gerechter zugeht.

Ein großer Erfolg für die GEW war die Stufe 6! Sie bringt den angestellten Lehrkräften in Baden-Württemberg deutliche Gehaltssteigerungen.

Solche Erfolge würde es ohne Gewerkschaft nicht geben!

Den Kollegen im Kfz-Handwerk wünschen wir Glück bei den Verhandlungen.

Genauso wie den Kollegen im Einzelhandel, im Großhandel, in der Gebäudereinigung und bei der Postbank. Das Plus im Geldbeutel, das ihr fordert, ist kein Gnadenakt der Arbeitgeber, es ist gerechter Lohn für harte Arbeit!

Und an alle, die bei McDonalds, Burger King oder Starbucks arbeiten: Lasst Euch nicht mit 8 Euro und 90 Cent abspeisen! Lasst nicht nach mit Eurem Protest!

Warum Tarifbindung direkt etwas mit Ungleichheit in unserer Gesellschaft zu tun hat, zeigt Herr Thiele.

Heinz-Hermann Thiele besitzt ein persönliches Vermögen von 12 Milliarden Dollar. Woher hat der Mann so viel Kohle? Von uns – den Beschäftigten!

Er führt den Knorr-Bremse-Konzern, der Bremsen für Eisenbahnen und Nutzfahrzeuge herstellt und der zweistellige Renditen einfährt.

Aber Herr Thiele ist gierig: Die Kolleginnen und Kollegen bei Knorr-Bremse müssen 42 Stunden arbeiten, statt 35 wie mit Tarif – also einen Tag umsonst.

Bei 5.000 Beschäftigten spart er damit einfach mal die Löhne für hochgerechnet 35.000 Stunden ein!

Das ist Steinzeitkapitalismus. Das werden wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht hinnehmen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wenn vieles nicht mehr sicher ist, vieles nicht mehr gerecht zugeht, wenn die Gesellschaft gespalten wird in Gewinner und Verlierer – dann bietet dies den Nährboden für Populisten.

Wir sehen doch auf der ganzen Welt, was passiert, wenn Angst, Unordnung und Ungerechtigkeit ganze Nationen in zwei Lager spalten: Großbritannien – wo eine knappe Mehrheit der Menschen den Brexit wählte.

USA - gespalten durch einen Super-Milliardär, der mit Protektionismus und Sozialabbau die Gesellschaft auseinander treibt.

Und wir schauen mit Spannung nach Frankreich, wo noch nichts entschieden ist, weil Europaskepsis am rechten und linken Rand des Spektrums gegen einen politischen Newcomer steht - und Alternativen für ein Mehr an gesellschaftlichem Zusammenhalt auch nicht erkennbar sind. Diese Spaltung darf nicht unser Weg sein!

Nach oben schimpfen und nach unten die noch Schwächeren treten, das ist keine Lösung! Es ist dumpfer Rechtspopulismus. Der mit falschen Versprechungen lockt und auf die Ängste und Sorgen der Menschen setzt.

Angst ist nie ein guter Ratgeber. Aber gegen Angst helfen nur überzeugende Alternativen.

Diese Angst gibt es bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Auch wenn uns das nicht schmeckt: Es gibt auch Gewerkschaftsmitglieder, die glauben, die AfD sei eine wählbare Alternative.

Die Petrys und Gaulands behaupten: Ohne die Flüchtlinge und ohne die Muslime in Deutschland wäre alles besser – und alles so wie früher. Das sind Fake-News!

Sowohl die Hetze gegen Menschen, die aus Krieg und Elend flüchten müssen, als auch die Hetze gegen die Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens, die uns angeblich „überfremden“ – all diese Hetze verurteile ich aufs Schärfste!

Deswegen sage ich: Kein Platz für Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt.

Weder auf der Straße noch in den Betrieben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die entscheidenden Gestaltungsfragen ist und bleibt die soziale Frage. Und die stellt sich immer neu, fordert neue Antworten ein. Das gilt gerade jetzt angesichts der erkennbaren Strukturumbrüche in Industrie und Dienstleistung.

Selbstbewusst können wir sagen: Wir als Gewerkschaften leisten unseren Beitrag. In der Betriebs-, Tarif- und Gesellschaftspolitik und durch internationale Solidarität. Darauf können wir stolz sein. Ich zähle auf alle, die sich für eine gerechte Gesellschaft stark machen. Eine Gesellschaft, in der man für gute Arbeit, guten Lohn bekommt. Eine Gesellschaft, in der niemand in Existenzangst leben muss.

Eine Gesellschaft die auf Zusammenhalt und Solidarität baut.

Ich zähle auf alle, die verstanden haben, warum es so wichtig ist, zu sagen: „Wir sind viele – wir sind eins!“

Glück auf!